

Oslo 1992, 4.6. in Helsinki

Nr. 64/S. 613 Bonn, den 12. Juni 1992

# Bulletin

## Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrates

Vom 4. Juni 1992 in Oslo

1. Wir, die Außenminister der Nordatlantikpakt-Organisation, sind am 4. Juni in Oslo zusammengekommen, um unsere Konsultationen über aktuelle politische Entwicklungen fortzuführen und als Bündnis zur Förderung einer neuen und friedvolleren Ordnung beizutragen.

2. Wir bekräftigen, daß die Sicherheit unserer Mitgliedstaaten durch das Bündnis und die transatlantische Partnerschaft garantiert wird. Gleichzeitig sind wir auch überzeugt, daß Stabilität und Sicherheit im euro-atlantischen Raum sich zunehmend auf einem Geflecht ineinandergreifender, sich gegenseitig verstärkender Institutionen aufbauen werden: der NATO, der KSZE, der Europäischen Gemeinschaft, der WEU und dem Europarat. Andere Institutionen und regionale Kooperationsstrukturen werden in diesem Rahmen ebenfalls eine Rolle spielen.

Wir nehmen bei der Erweiterung der Zusammenarbeit zwischen diesen Institutionen unsere Rolle voll wahr, wie von unseren Staats- und Regierungschefs in Rom vorgegeben, um so unsere verfügbaren Ressourcen zur Unterstützung des Demokratisierungs- und Reformprozesses bestmöglich zu nutzen und Konflikte zu verhüten.

3. In diesem Sinne sind wir entschlossen, den bevorstehenden KSZE-Gipfel in Helsinki zum Erfolg zu führen sowie die Rolle und Leistungsfähigkeit der KSZE in dieser europäischen Sicherheitsarchitektur weiter zu stärken. Wir begrüßen die morgige Außerordentliche Konferenz zum KSE-Vertrag. Mit dem Inkrafttreten des KSE-Vertrages wird der Eckpfeiler einer neugestalteten europäischen Sicherheitsstruktur gesetzt und der Weg zu künftiger Rüstungskontrolle innerhalb der KSZE und zu kooperativer Sicherheit in Europa gebnet.

4. Wir sind tief beunruhigt über Gewalt und Zerstörung, die in verschiedenen Gebieten der euro-atlantischen Region andauern. Dies steht in krassm Gegensatz zu Frieden und zur Stabilität im gesamt euro-atlantischen Raum, denen wir uns verpflichtet haben. Wir wollen unser möglichstes tun, zu verhindern, daß ungezügelter Nationalismus und Versuche, Streitigkeiten gewaltsam zu lösen, unsere Anstrengungen zunichte machen, eine friedvolle und kooperative Ordnung in Europa zu schaffen. Wir haben heute gesonderte Erklärungen abgegeben, in denen wir unsere Besorgnis über die Krise auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien und über die Krise um Berg-Karabach zum Ausdruck bringen.

### Das Bündnis: Eine starke transatlantische Partnerschaft

5. Der Prozeß friedlichen Wandels in Europa braucht eine starke und dynamische Nordatlantische Allianz. Das Bündnis bildet eines der unabdingbaren Fundamente für ein stabiles Umfeld der Sicherheit in Europa, und seine Zusammenarbeit in politischen und sicherheitspolitischen Fragen ist ein wichtiger Beitrag hierzu. In seinem Wandlungsprozeß hat das Bündnis auch eine umfassendere politische Beziehung zu anderen Ländern und Institutionen hergestellt und ist auf der Grundlage seines neuen Strategischen Konzepts dabei, seine Streitkräfte zu reduzieren und umzustrukturieren. In einem Umfeld vielschichtigerer Risiken und knapper Ressourcen ist es auch weiterhin erforderlich, eine wirksame kollektive Verteidigung auf der Grundlage

## Inhalt

Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrates	613
Erklärung zur Krise auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien	617
Erklärung zur Krise um Berg-Karabach	617
Erklärung des Nordatlantischen Kooperationsrates	618
Schlußdokument zur Inkraftsetzung des KSE-Vertrages	620

einer gemeinsamen Einschätzung der Sicherheitslage zu gewährleisten. Dazu werden die Verbündeten bei der Umsetzung des Strategischen Konzepts eng zusammenarbeiten.

6.

Die Lebensfähigkeit der transatlantischen Bindung ist auch in Zukunft für unser Bündnis von ausschlaggebender Bedeutung. Die Aufgaben, vor denen wir jetzt beim Aufbau von Kooperation, Demokratie und Sicherheit für alle in Europa stehen, unterstreichen, wie wichtig es ist, die Werte- und Zweckgemeinschaft zwischen den nordamerikanischen und europäischen Demokratien im Sinne von Artikel II unseres Vertrages fortzuentwickeln.

Die Präsenz von US-Streitkräften sowie das fortbestehende politische und militärische Engagement der Vereinigten Staaten und Kanadas bleiben Grundbedingungen für die Förderung und weitere Festigung einer neuen Friedensordnung in Europa.

#### **Eine europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität**

7.

Das gemeinsame Verständnis, niedergelegt in der Erklärung von Rom über Frieden und Zusammenarbeit, und die Vereinbarung, wie sie von den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft und in den Erklärungen der Westeuropäischen Union in Maastricht erzielt wurde, bilden die Grundlage der künftigen Beziehung zwischen der Allianz und der entstehenden europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität. Wir erneuern unsere Unterstützung für das Ziel, die WEU als Verteidigungskomponente der Europäischen Union und als Mittel zur Stärkung des europäischen Pfeilers der Atlantischen Allianz zu entwickeln.

Wir begrüßen daher den Fortschritt in den Diskussionen unter den Mitgliedstaaten der WEU zur Stärkung der operationellen Rolle der WEU. Die Entwicklung der operationellen Fähigkeiten der WEU in Formen, die die gemeinsame Verteidigung in der Allianz ergänzen und mit ihr voll vereinbar sind, wird die Fähigkeit der Bündnispartner ausbauen, in der gemeinsamen Verteidigung zusammenzuarbeiten. Wir bekräftigen unsere Absicht, auch mit fortschreitendem Wandel des Bündnisses, den bestehenden operationellen Zusammenhalt, auf den unsere Verteidigung angewiesen ist, zu erhalten.

Wir betonen die Bedeutung, bestehende Verpflichtungen der Bündnispartner und Bindungen der Streitkräfte an die NATO zu erhalten, und wir unterstreichen in diesem Zusammenhang, daß die primäre Verantwortung der WEU zugeordneten Streitkräfte die kollektive Verteidigung der NATO nach dem Washingtoner Vertrag bleiben wird.

8.

Auf unserer letzten Tagung im Dezember haben wir den Ständigen Nordatlantikrat beauftragt, Vorschläge für prak-

tische Vorkehrungen der Arbeitsbeziehungen zwischen den zwei Organisationen zu entwickeln. Diese Vorkehrungen, basierend auf Transparenz und Komplementarität, werden die transatlantische Solidarität in Sicherheitsangelegenheiten festigen und sicherstellen, daß alle Verbündeten an Entscheidungen angemessen beteiligt sind, die ihre Sicherheit betreffen können. Mit der Weiterentwicklung ihrer eigenen Strukturen werden wir mit der WEU weiterhin zusammenarbeiten, um enge Arbeitsbeziehungen, unter anderem zwischen dem Rat der WEU und dem NATO-Rat sowie den Generalsekretariaten und den Verteidigungsstäben, herzustellen.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir das gemeinsame Treffen des Ständigen NATO-Rats und des Ständigen Rats der WEU, das am 21. Mai stattfand. Auch sehen wir konkreten Regelungen in der WEU zur Rolle anderer europäischer Bündnispartner entgegen. Wir begrüßen die Absicht der WEU sicherzustellen, daß solche Regelungen diesen Bündnispartnern die Möglichkeit bieten werden, an den Aktivitäten der WEU voll teilzunehmen.

#### **Beziehungen zu den Kooperationspartnern**

9.

Unsere Sicherheit ist mit der aller anderen Staaten in Europa untrennbar verbunden. Ein wichtiges Ziel unseres Bündnisses besteht nicht nur darin, die Sicherheit seiner eigenen Mitglieder zu gewährleisten, sondern auch, zum Aufbau einer neuen und dauerhaften Friedensordnung in Europa durch Dialog, Partnerschaft und Kooperation beizutragen. Wir haben schnell auf die Bedürfnisse und Erwartungen unserer neuen Kooperationspartner reagiert.

Der Nordatlantische Kooperationsrat, der morgen zum dritten Mal zusammentritt, hat neue Möglichkeiten eröffnet, Sicherheitsanliegen aller Teilnehmerstaaten in einem euroatlantischen Forum anzusprechen. Gleichzeitig unterstützt er die Förderung der Ziele der KSZE. Unser Arbeitsplan gibt unserer Entschlossenheit Substanz, eine neue Beziehung zu unseren Kooperationspartnern aufzubauen durch Konsultation und Kooperationsaktivitäten, wie Umstrukturierung ihrer Verteidigung und Festigung der demokratischen zivilen Kontrolle über die Streitkräfte. Unser Arbeitsplan wird sich mit der Zeit entsprechend den Umständen und Erfordernissen weiterentwickeln. Auch begrüßen wir die Anstrengungen der Nordatlantischen Versammlung und der Vereinigung der Nordatlantischen Gesellschaften sowie ihrer einzelnen Mitglieder zur Unterstützung dieser Aktivitäten.

#### **KSZE**

10.

Der KSZE kommt beim Aufbau eines sicherheitspolitischen kooperativen Ansatzes und bei der Förderung von

Demokratie, Menschenrechten und wirtschaftlicher Liberalisierung eine wesentliche Rolle zu. Während der letzten zwei Jahre haben wir Initiativen unternommen, um die KSZE und ihre Fähigkeit zu stärken, zu einem Europa beizutragen, in dem sich Veränderungen im Einklang mit den KSZE-Prinzipien vollziehen.

Wir sind entschlossen, unsere gemeinsamen Anstrengungen fortzusetzen, um die volle Anwendung dieser Prinzipien zu sichern. Die Stärkung der der KSZE für Konfliktverhütung und Krisenmanagement zur Verfügung stehenden Mittel wird von wesentlicher Bedeutung sein, wenn Friede und Wohlstand in Europa erhalten werden sollen.

Wir unterstützen den auf dem Helsinki-Folgetreffen zur Erörterung stehenden Vorschlag für die KSZE, sich als regionale Abmachung nach Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen zu erklären. Wir sehen dem Gipfel in Helsinki entgegen, der den Prozeß der politischen Konsultation und Kooperation dadurch stärken soll, daß die vorhandenen Institutionen, Strukturen und Mechanismen der KSZE ausgebaut und neue Mittel zur Erleichterung des friedlichen demokratischen Wandels entwickelt werden.

11.

Das Bündnis besitzt die Fähigkeit, zu wirksamen Aktionen der KSZE entsprechend ihrer neuen und größeren Verantwortung für Krisenmanagement und die friedliche Beilegung von Streitigkeiten beizutragen. In diesem Zusammenhang sind wir bereit, von Fall zu Fall, in Übereinstimmung mit unseren eigenen Verfahren, friedenserhaltende Aktivitäten unter der Verantwortung der KSZE einschließlich der Bereitstellung von Ressourcen und Fachwissen des Bündnisses zu unterstützen.

Wir haben den Ständigen NATO-Rat gebeten, mit der fachlichen Beratung durch die militärischen Gremien der NATO, die praktischen Optionen und Modalitäten zu untersuchen, wie eine solche Unterstützung geleistet werden könnte. Dies erfolgt unbeschadet möglicher Beiträge anderer KSZE-Staaten und anderer Organisationen zu solchen Operationen.

12.

Die kohärente Entwicklung aller Aspekte der KSZE wird ihre Fähigkeit verbessern, zu Frieden und Stabilität in Europa beizutragen. Die volle Einhaltung der KSZE-Verpflichtungen bleibt für die Erreichung unseres Ziels wesentlich: Ein friedliches und blühendes Europa. In einem Umfeld, in dem die Bedeutung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit für Sicherheit und Stabilität immer deutlicher wird, muß die Achtung der Menschenrechte ein Hauptanliegen für die KSZE bleiben.

Wir glauben, daß die Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und wissenschaftlichem Gebiet sowie in Umweltfragen weiterer politischer Impulse bedarf. Wir nehmen in diesem Zusammenhang die Entscheidung zur Kenntnis, daß der

Ausschuß Hoher Beamter regelmäßig als KSZE-Wirtschaftsforum zusammentreten wird, um wirtschaftliche Entwicklung und freien Handel zu fördern.

#### Die Vereinten Nationen

13.

Wir unterstützen den wertvollen Beitrag der Vereinten Nationen zur Konfliktbeilegung und Friedenserhaltung im euroatlantischen Raum. Wir erneuern unsere Verpflichtung, die Fähigkeiten der Vereinten Nationen zur Durchführung ihrer erweiterten Bemühungen um den Weltfrieden zu stärken. Wir begrüßen die Tatsache, daß Bündnispartner an friedenserhaltenden und anderen Anstrengungen der Vereinten Nationen teilnehmen und hierzu beitragen.

#### Die Baltischen Staaten

14.

Wir verstehen die Besorgnis Estlands, Lettlands und Litauens angesichts des mangelnden Fortschritts in ihren Verhandlungen mit Rußland über den Abzug ehemals sowjetischer Streitkräfte. Wir sind uns der praktischen Probleme bewußt, die für Rußland mit einem solchen Abzug verbunden sind; diese dürfen aber der Anwendung des völkerrechtlichen Grundprinzips nicht im Wege stehen, daß die Anwesenheit ausländischer Truppen auf dem Gebiet eines souveränen Staates dessen ausdrückliche Zustimmung voraussetzt.

Wir fordern die betroffenen Staaten auf, bald Vereinbarungen abzuschließen und feste Zeitpläne für den baldigen Abzug ehemals sowjetischer Streitkräfte aufzustellen.

#### Rüstungskontrolle und Kooperative Sicherheit

15.

Wir bleiben unseren Anstrengungen verpflichtet, konkrete Maßnahmen der Rüstungskontrolle und Abrüstung auszuhandeln, die darauf angelegt sind, Vertrauen zu erhöhen und die Sicherheit unter allen KSZE-Teilnehmerstaaten zu festigen. Solche Verhandlungen, zusammen mit einer Intensivierung von Kooperation und Dialog auf dem Gebiet der Sicherheit sowie der Ausbau der entsprechenden Mechanismen zur Verringerung des Konfliktrisikos, sind wesentliche Bausteine zur Gestaltung einer kooperativen Sicherheitsordnung.

Wir bekräftigen unsere im Dezember letzten Jahres festgelegten und in dem von Norwegen im März in Wien vorgelegten Dokument enthaltenen Ziele, vor allem beim KSZE-Folgetreffen in Helsinki ein KSZE-Forum für Sicherheitskooperation einzurichten.

16.

Der KSE-Vertrag ist ein bedeutender Meilenstein zur Festigung von Sicherheit und Stabilität in Europa. Wir begrüßen

daher die Vereinbarung zwischen den Staaten der ehemaligen Sowjetunion, mit der sie ihre jeweiligen Rechte und Pflichten aus dem Vertrag festlegen, was einen entscheidenden Schritt hin zu dessen voller Implementierung bedeutet. Wir sehen dem erfolgreichen Ausgang der morgen stattfindenden Außerordentlichen Konferenz entgegen, zu deren Ergebnis die Hochrangige Arbeitsgruppe wesentlich beigetragen hat.

Wir bleiben dem Ziel verpflichtet, den KSE-Vertrag rechtzeitig zum KSZE-Gipfel in Helsinki in Kraft zu setzen und fordern die Teilnehmerstaaten am Vertrag auf, die noch ausstehenden Ratifizierungsurkunden bis dahin zu hinterlegen. Der erfolgreiche Abschluß eines KSE-I-a-Abkommens wird ebenfalls einen bedeutenden Beitrag zur Stabilität in Europa darstellen. Wir fordern unsere Verhandlungspartner auf, gemeinsam mit uns die noch offenen Punkte zu lösen und ein solches Abkommen rechtzeitig zum Gipfel in Helsinki abzuschließen.

17.

Wir sehen dem baldigen Inkrafttreten des Vertrages über „Offene Himmel“ und dem Beitritt interessierter Staaten entgegen, die an der KSZE teilnehmen, nicht jedoch ursprüngliche Unterzeichnerstaaten des Vertrages sind, wie dies dessen Artikel XVII und die Erklärung der KSZE zu „Offene Himmel“ vom 24. März 1992 vorsehen.

18.

Die Nichtverbreitung nuklearer Waffen ist ein wichtiger Bestandteil kooperativer Sicherheit und internationaler Stabilität. Wir messen dem baldigen Beitritt von Belarus, Kasachstan und der Ukraine zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) als Nichtkernwaffenstaaten große Bedeutung bei, wie dies in der Erklärung der Bündnispartner vom 21. April deutlich ausgesprochen wurde.

Wir begrüßen die Verpflichtungen von Belarus, Kasachstan und der Ukraine, Nichtkernwaffenstaaten zu werden und fordern sie dringend auf, Vereinbarungen über Sicherheitsmaßnahmen mit der Internationalen Atomenergiebehörde so bald wie möglich auszuhandeln.

In aller Dringlichkeit fordern wir alle betroffenen Staaten auf, die in den Vereinbarungen von Alma Ata und Minsk festgelegten Verpflichtungen einzuhalten und begrüßen die Erklärung, daß der Abzug ehemals sowjetischer taktischer Nuklearwaffen nach Rußland zu ihrer endgültigen Zerstörung lange vor dem Zieldatum 1. Juli abgeschlossen ist.

19.

Auch erwarten wir die uneingeschränkte Implementierung aller von der Russischen Föderation unilateral und bilateral übernommenen Verpflichtungen zur Reduzierung taktischer und strategischer Nuklearwaffen. Die Bündnispartner

erneuern ihre Angebote zur Unterstützung beim Prozeß der Eliminierung von Nuklearwaffen.

Wir fordern zur zügigen Ratifizierung und Inkraftsetzung des Vertrages über die Reduzierung Strategischer Waffen (START) auf. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Verpflichtungen, die Belarus, Kasachstan und Ukraine in dem am 23. Mai in Lissabon vereinbarten START-Protokoll eingegangen sind.

20.

Der internationale Transfer konventioneller Rüstungen über legitime Verteidigungsbedürfnisse hinaus, insbesondere in Spannungsregionen, erhöht die Konfliktgefahren und behindert die friedliche Beilegung von Streitigkeiten. Wir wollen auf Transparenz und Zurückhaltung auf diesem Gebiet hinarbeiten und unterstützen uneingeschränkt das bei den Vereinten Nationen eingerichtete weltweite Register über den Transfer konventioneller Waffen.

Wir appellieren an alle VN-Mitgliedstaaten, die erforderlichen Daten zu melden, um diesem Register volle Wirksamkeit zu verleihen. Wir werden darüber hinaus untersuchen, wie die KSZE zu einer verantwortungsvollen Politik des Waffentransfers beitragen kann.

21.

Wir sind überzeugt, daß ein Abkommen über ein weltweites, umfassendes und wirksam verifizierbares Verbot chemischer Waffen in diesem Jahr erreichbar ist und sind entschlossen, die Genfer Verhandlungen in der Abrüstungskonferenz erfolgreich abzuschließen.

#### Zusammenfassung

22.

Wir werden diese ehrgeizige Agenda zu kooperativer Sicherheit mit Energie und Entschlossenheit fortführen. In den vergangenen Monaten und Jahren hat die NATO ihre Fähigkeit bewiesen, sich dem tiefgreifenden historischen Wandel unseres Kontinents anzupassen. Die Herausforderung besteht nun darin, den Aufbau einer Architektur sich gegenseitig verstärkender Institutionen zügig voranzutreiben; sie werden leistungsfähige Mittel bieten, um die Sicherheit für ganz Europa zu festigen.

Indem wir Vision mit pragmatischen Initiativen und Maßnahmen verbinden, werden wir sicherstellen, daß unser Bündnis für den Erfolg dieses großen Vorhabens von zentraler Bedeutung bleiben wird.

23.

Wir drücken der Regierung des Königreichs Norwegen unseren tiefen Dank für die uns großzügig gewährte Gastfreundschaft aus. Unsere Herbsttagung findet am 17. Dezember 1992 in Brüssel statt.